

Kapitalistische Strukturlogiken in der neuen Mitleidsökonomie

HANNAH-MARIA EBERLE

Einleitung: die Entstehung eines Armutsmarkts?

Zu Hochzeiten des westlichen Wohlfahrtsstaats war fast vergessen, dass Menschen nicht nur historisch und dabei insbesondere infolge von Kriegen und wirtschaftlichen Krisen, sondern auch in der Gegenwart aufgrund von Alter, Krankheiten oder Erwerbslosigkeit immer wieder auf Almosen anderer angewiesen waren. Bis heute leisten Kirchen, private und politische Initiativen Nothilfen in Form von Geld- oder Sachspenden. Dabei werden „materielle Versorgungs- und Hilfsangebote für Personen zur Verfügung“ gestellt, „die nicht über ausreichend Ressourcen verfügen, um ihre existenziellen Grundbedürfnisse im primären kapitalistischen Marktsystem selbstständig zu befriedigen“ (Kessl/Oechler/Schoneville 2021, 740). Organisiert werden die Verteilung oder Bereitstellung von Lebensmitteln, Kleidung, warmen Mahlzeiten, Schlafsäcken oder auch Sucht-, Lohnarbeitslosen- oder medizinischen Beratungen. In den vergangenen Jahren entwickelte sich diese Nothilfe zu einer systematischen Armutslinderung, die Fabian Kessl gemeinsam mit Kolleg*innen als „neue Mitleidsökonomie“ bezeichnet (u.a. Kessl/Wagner 2011; Kessl/Oechler/Schoneville 2021; Kessl/Schoneville 2021).

Mit dem Begriff der Mitleidsökonomie wird diese Entwicklung vor allem unter dem Aspekt der Entrechtung der Armutsbetroffenen diskutiert. Während sozialstaatliche Transferleistungen rechtsbasiert eingeklagt werden könn(t)en, haben Armutsbetroffene auf die notwendigen Hilfen der Mitleidsökonomie keinen Anspruch. In der neuen Mitleidsökonomie spitzt sich eine Entwicklung zu, in der Hilfeempfänger*innen immer stärker abhängig gemacht werden vom Engagement anderer. Der Begriff des Mitleids ist entsprechend provokativ gewählt: Er verweist auf die Anteilnahme am Missgeschick oder Unglück anderer, die ein Engagement begründet, das zunehmend anstelle sozialrechtlich verankerter Leistungen Armut lindern soll (Kessl/Schoneville 2021, 356). Kessl und Schoneville, aber auch andere aus dem Bereich der sogenannten Tafelforschung (u.a. Rohrman 2011) problematisieren das Phänomen im Kontext des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels: neue Armutslagen, resultierend aus u.a. prekärer Beschäftigung, steigenden Mieten, knappen Renten oder fehlenden bzw. zu teuren medizinischen Versorgungsleistungen bei gleichzeitigem Um- und Abbau sozialstaatlicher und eben rechtlich einklagbarer Unterstützungsleistungen. Diese Fokussierung auf den Aspekt der Entrechtung im Kontext des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels erscheint mir allerdings nicht ausreichend. Vielmehr weisen die Entwicklung und Ausdifferenzierung der neuen Mitleidsökonomie auf eine dauerhafte, sekundäre und vor allem staatlich und innerhalb der kapitalistischen Strukturlogiken *gewollte* Versorgung für Armutsbetroffene hin: Während die Einen

in Supermärkten, Bio- oder Bauernläden, Möbelhäusern oder Boutiquen einkaufen und im Restaurant essen, suchen die Anderen Tafeln, foodsharing-Mitnahmestellen oder Sozialkaufhäuser auf, bestellen Kleider bei Secondhandplattformen und essen mit ihren Kindern in Suppenküchen zu Mittag.

Aufgrund dieser Entwicklungen gehe ich davon aus, dass das aktuelle Wohlfahrtsarrangement nicht nur neoliberal gestaltet ist und einen „Suppenküchenstaat“ (Butterwegge 2010, 73) entstehen lässt: Vielmehr generiert sich ein ‚Markt der Möglichkeiten‘, der nicht auf soziale Absicherung abzielt, sondern einen Versorgungsmarkt mit kapitalistischen Strukturlogiken forciert. Ein solcher Markt stellt aus sozialstaatlicher Perspektive ein kostengünstiges Arrangement dar, weil erstens notwendige Reproduktionsarbeit unbezahlt durch Freiwillige verrichtet wird, zweitens Sozialausgaben langfristig substituiert werden können und drittens kapitalistische Marktakteur*innen aus diesem „sekundären Warenkreislauf“ (Kessl/Oechler/Schoneville 2021, 739; Kessl/Wagner 2011) zuungunsten der Armutsbetroffenen Vorteile ziehen.

Um dies zu zeigen, werde ich im ersten Teil meinen Beitrag im Kontext der Forschung zur neuen Mitleidsökonomie verorten. Im zweiten Abschnitt arbeite ich die Ausbeutungsdimension dieses nur teilweise freiwilligen Engagements heraus. Ausbeutung liegt nicht nur wegen des verschleierte Arbeitsaspekts vor, sondern vor allem deshalb, weil es sich um unbezahlte gesellschaftliche Reproduktionsarbeit handelt. Daran anschließend zeige ich im dritten Abschnitt auf, warum es sich dabei um eine sozialstaatlich gewollte Entwicklung handelt. Im vierten Teil gehe ich auf die Vorteile für Kapitaleigentümer*innen durch einen neu gewonnenen Absatzmarkt ein, ehe ich abschließend die Konsequenzen in Form des Versorgungsmarkts als dauerhaftes Wohlfahrtsarrangement skizziere. Im Anschluss an Silvia Federici (2020/2012) werde ich im Fazit für ein notwendiges Nachdenken über gesellschaftliche und tendenziell anti-etatistische Antworten argumentieren.

Grundlage der hier vorgestellten Überlegungen stellt eine laufende gemeinsame Forschungsarbeit mit Fabian Kessl dar. In einem dazu bereits publizierten Beitrag (Eberle/Kessl 2021) erläutern wir unsere Grundannahme einer zunehmenden Ausdifferenzierung im Hinblick auf Markt-, Dienstleistungs- und Vergemeinschaftungslogiken und stellen die daraus folgende Erweiterung der neuen Mitleidsökonomie in Deutschland vor (vgl. folgender Abschnitt). Zusätzlich greife ich für diesen Beitrag auf sechs Gruppendiskussionen zurück, die ich 2021 mit unbezahlt Tätigen einer medizinischen Beratung und Weitervermittlung für Geflüchtete (medinetz), einer selbstorganisierten Küche für Alle, einer als Verein organisierten unabhängigen Lebensmittelausgabestelle und Suppenküche, einer foodsharing-Initiative, einem Sozialkaufhaus und Nutzer*innen von verschiedenen Onlineplattformen geführt habe. Ziel der Diskussionen war es, Bearbeitungsweisen von gesellschaftlichen Widersprüchen aus der Perspektive der Akteur*innen zu rekonstruieren.¹

Kontext der Forschung und ihre Weiterentwicklung

Auf den Umstand, dass materielle Versorgungslücken mit Hilfe von unbezahltem Engagement geschlossen werden, wird nicht nur mit dem Begriff der neuen Mitleidsökonomie hingewiesen. Silke van Dyk und Tine Haubner untersuchten in dem mittlerweile abgeschlossenen Forschungsprojekt „Neue Kultur des Helfens oder Schattenökonomie? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats“ (2017-2020)² wie unbezahlte Kräfte vor allem in sozialen Bereichen zur unerlässlichen Stütze werden. Sie stellen fest, dass in den Bereichen sozialer Infrastruktur (u.a. Bildung, Pflege, Geflüchtetenhilfe) durch eine sogenannte Indiennahme von Freiwilligen „karitative Hilfe (...) oftmals an die Stelle sozialer Rechte“ tritt, sodass „Abhängigkeit und Vulnerabilität der Unterstützungsbedürftigen verfestigt wird“ (Boemke/van Dyk/Haubner 2021, 376).

Im Unterschied zu der von van Dyk und Haubner untersuchten Freiwilligenarbeit substituieren Engagierte in Nachbarschaftsküchen und Sozialcafés, in selbstorganisierten (Notschlaf-)Unterkünften oder der Geflüchtetenhilfe (u.a. dem medinetz) keine bezahlten Kräfte. Das Handeln der Freiwilligen verweist hier vielmehr auf eine Lücke in der individuellen, finanziellen Absicherung der Nutzer*innen und auf eine nicht ausreichende oder für die Nutzer*innen nicht passende Bereitstellung von Angeboten Sozialer Arbeit. Aus dieser Perspektive lässt sich die neue Mitleidsökonomie als eine gesellschaftliche Antwort auf veränderte Armutslagen begreifen: Sie lindert nicht nur Not, sondern differenziert sich zu einer systematischen Armutslinderung aus und bringt dabei auch alternative Formen von Wohlfahrtsorganisation hervor.

Fabian Kessl und ich ordnen die Angebote, Projekte und Initiativen der neuen Mitleidsökonomie entsprechend als Teil eines neuen Wohlfahrtsarrangements ein (Eberle/Kessl 2021). Wir argumentieren außerdem, dass nicht nur die weithin bekannten Hilfe- und Dienstleistungsangebote wie Wärmestuben, Kleiderkammern oder Lebensmitteltafeln, die sich dezidiert an Armutsbetroffene richten, materielle Armut lindern sollen, sondern auch selbstorganisierte und marktförmige Initiativen und Projekte berücksichtigt werden müssen. Wir differenzieren drei Formen dieser neuen Armutslinderung: erstens Lebensmitteltafeln, Suppenküchen oder Sozialcafés, die ihr Engagement primär humanistisch (aus Mitleid) begründen und eine konkrete, wohltätige Dienstleistung erbringen – daher auch benannt als mitleidsbasiert-wohltätige Form. Diese Angebote sind häufig als unabhängige Vereine organisiert, jedoch mit den Wohlfahrtsverbänden organisatorisch verbunden. Daneben entstehen zweitens (wieder) vermehrt selbstorganisierte und unabhängige Initiativen, die mit einer zum Teil auch antikapitalistischen, ökologischen oder antirasistischen Zielsetzung eher nebenbei zur Armutslinderung beitragen. Dazu zählen foodsharing-Initiativen, Arbeitsloseninitiativen, die medinetze für Geflüchtete oder Nachbarschaftskoch-Initiativen. Außerdem zu nennen sind drittens die häufig online-basierten Secondhand-Angebote wie Tauschplattformen oder Plattformen zur

Weitergabe von warmen Mahlzeiten. Analog zählen wir zu dieser Form auch Sozialkaufhäuser. All diese Projekte agieren marktförmig. Güter werden hier nicht einfach (weiter-)gegeben, sondern getauscht und ge- oder verkauft. Wie auch in den beiden anderen Formen stammen die Güter aus Überschussproduktion oder werden von Einzelpersonen oder Unternehmen gespendet bzw. durch den Weiterverkauf erneut in Wert gesetzt. Die drei Formen der mitleidsbasiert-wohltätigen, selbstorganisierten und marktförmigen Armutslinderung haben gemeinsam, dass erstens die dort Engagierten Tätigkeiten verrichten, die unbezahlt sind, dass die Güter zweitens nicht eigens für diese Strukturen produziert werden, sondern es sich um Spenden oder Überschuss handelt, und dass drittens karitativ oder zumindest mit Nachhaltigkeits-erwägungen argumentiert wird.

Noch immer aktuell: Liebe oder Arbeit?

Zivilgesellschaftliches oder bürgerschaftliches Engagement wird im Prinzip dadurch charakterisiert, dass es ein gemeinnütziges, kulturelles oder sportliches Anliegen verfolgt und ohne Erwerbszweck durchgeführt wird. Engagement soll etwas anderes sein als Erwerbsarbeit, es hat sich „eigensinnig und selbstorganisiert weiterentwickelt“ (Backhaus-Maul/Hörnlein 2016, 2) und stellt einen wichtigen Gegenpol „zu destruktiven Tendenzen wie rücksichtslosem Machtstreben, Kommerzialisierung der Gesellschaft oder neuem Fundamentalismus“ dar (Klein/Olk/Hartnuß 2010, 27). Diese Prinzipien werden in Selbstbeschreibungen ähnlich wiedergegeben, unabhängig davon, ob es um die von van Dyk, Haubner und Boemke (2021) beschriebenen sozialen Bereiche geht, in denen es zu einer zunehmenden Substitution von Arbeitskräften kommt, oder ob es das Engagement in den Angeboten, Initiativen und Projekten der Mitleidsökonomie betrifft. Es wird schnell klar, dass eine deutliche Schiefelage entstanden ist, die selbstkritisch auch im Dritten Engagementbericht der Bundesregierung (BMFSFJ 2020, 45) festgestellt wird: Die Autor*innen identifizieren ein Spannungsfeld zwischen Engagement und Erwerbsarbeit sowie zwischen „Gemeinwohlorientierung und Handeln zum individuellen Nutzen“. Es sind euphemistische Beschreibungen angesichts dessen, dass die Indienstnahme von Freiwilligen vor allem in Sozialberufen voranschreitet und zur De-Professionalisierung der Berufe beiträgt – mit problematischen Folgen für Arbeitende wie Nutzer*innen, wenn etwa durch „eine Affirmation von Laienkultur (...), informelles Erfahrungswissen (...) an die Stelle formaler Qualifikation“ (Haubner 2021, 370) tritt. Dabei handelt es sich um eine Problematik, die auch für den Bereich der neuen Mitleidsökonomie zutreffen kann, wenn Freiwillige ohne Fachwissen, beispielsweise in Sozialcafés oder Wärmestuben, vulnerable Personengruppen teilweise eng begleiten und zur ersten Ansprechperson bei Sorgen werden. Kritisch hinterfragt werden muss jedoch vor allem die vermeintliche Freiwilligkeit – im Sinne unbezahlter Arbeitsleistung in sozialen Bereichen. Engagement trägt nicht nur zum individuellen Nutzen bei, wie es der Engagementbericht (BMFSFJ 2020) erwähnt, sondern leistet not-

wendige gesellschaftliche Arbeit. Doch die gesellschaftliche Notwendigkeit dieser Arbeit wird durch die ausbleibende Bezahlung und die Verschiebung der Arbeit in die Orte der neuen Mitleidsökonomie unsichtbar gemacht. Ähnlich der lang existierenden feministischen Debatte zu Reproduktionsarbeit als vermeintlicher „Arbeit aus Liebe“ (Bock/Duden 1977, 118), wird die helfende Arbeit hier als Akt des Mitleids, der Solidarität oder der Nächstenliebe verhandelt. Das lässt die zunehmende Abhängigkeit der Nutzer*innen ebenso wie die massive Belastung und Verantwortung der unbezahlt Tätigen unsichtbar werden.

Zwischen freiwilligem Engagement und Notwendigkeit

Freiwilligenarbeit ist nicht immer ganz so freiwillig, wie sie scheint. Freiwillig Engagierte führen an, dass sie neben Spaß und Anerkennung auch aus humanitärem Pflichtgefühl engagiert sind, auch mit der Konsequenz, immer wieder überfordert zu sein mit den Leistungsanforderungen (u.a. Haubner 2021). In der Gruppendiskussion mit den Akteur*innen des medinetz wird deutlich, dass das humanitäre Pflichtgefühl zu ständigem „Frust“ und zu „Wut“ führt und dass diese Gefühle sie „täglich“ konfrontieren, wodurch eine Distanz kaum mehr möglich ist. Das ‚freiwillige Engagement‘ bestimmt den Alltag also nicht nur positiv. Für manche ist das Engagement auch nicht komplett freiwillig, weil es mit der Hoffnung darauf, notwendige Soft Skills zu erwerben oder eine weitere Qualifikation, einen Job oder zumindest bessere Sprachkenntnisse zu erlangen, verbunden ist. So berichtet Olja in einer der Gruppendiskussionen mit der Suppenküche, dass sie vor allem deshalb freiwillig dort arbeitet, um Deutsch zu lernen und irgendwann eine Anstellung zu erhalten. Viele der vermeintlich Freiwilligen der neuen Mitleidsökonomie befinden sich außerdem in „Beschäftigungsmaßnahmen“ des Jobcenters wie „z.B. ‚Ein-Euro-Jobs‘“ (Kessl/Schoneville/Oechler 2021, 740, 744) oder leisten Sozialstunden. Mit Ausnahme jener, die neben der eigenen Lohnarbeit aus Freude oder Mitleid sowie im Rahmen von Freiwilligendiensten (z.B. Bundesfreiwilligendienst) tätig sind, wird die Arbeit in der neuen Mitleidsökonomie zumeist von Menschen geleistet, die in der Regel dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung stehen oder für die es keinen ‚Bedarf‘ mehr gibt wie Rentner*innen, Burn-out-Erkrankte oder Langzeit-Lohnarbeitslose (Notz 2016). Dennoch werden diese Tätigkeiten weder in der Selbstbeschreibung der Engagierten noch im gesellschaftlichen Diskurs als Arbeit benannt. Dieses Nichtbenennen steht im Widerspruch zu den überaus strukturierten Arbeits- und Organisationsweisen der freiwilligen Tätigkeit (Eberle 2023): Dazu gehören u.a. festgelegte Öffnungszeiten der Angebote und somit festgelegte Arbeitszeiten, regelgeleitete Abläufe des Sortierens, Verteilens – inklusive externer Qualitätskontrollen –, des Verkaufens, wenn Preise erhoben werden, und der Preisfestlegung sowie Regelungen, was Nutzer*innen dürfen und was nicht usw. Gerade wenn die Not sehr hoch ist, aber nicht ausreichend Güter oder Zeit zur Verfügung stehen, ein Bedarf an professioneller Sozialer Arbeit auftritt, weil es zu Konflikten oder herausfordernden Situationen

mit Nutzer*innen kommt, kann eine Überforderung eintreten, die sich nicht mehr mit Freiwilligkeit oder Freude kompensieren lässt. In allen Gruppendiskussionen, im Besonderen in der mit den Engagierten des medinetz, berichten die Beteiligten von dem Gefühl einer nie enden wollenden Verantwortung gegenüber den Klient*innen, von Stress und zugleich Pflichtgefühl, „weil es ja sonst niemand macht“. Das Engagement strukturiert bewusst oder unbewusst den Alltag, wie dies auch Lohnarbeit tut. In der Diskussion mit Frauen, die sich als Verkäuferinnen in einem Sozialkaufhaus engagieren, berichten diese, dass ihr Engagement bis zu 20 Stunden in der Woche in Anspruch nimmt. Die 87-jährige Rentnerin Renate erzählt, sie stehe ab morgens sieben Uhr in der Suppenküche – „wie früher“ und alles „für den guten Zweck“. Wenn die Tätigkeiten im Rahmen von Beschäftigungsmaßnahmen ausgeübt werden, entwickeln sie sich de facto als unbezahlte, eventuell mit einer Aufwandsentschädigung abgegoltene, alternative Arbeitsform mit allen (bekannten) Regeln des formalen Arbeitsmarktes wie etwa Krankmeldungen.

Selbstverständlich darf und kann die eigene Tätigkeit Freude machen, und die Alltagsstrukturierung kann auch als wichtig empfunden werden, wie die Gruppendiskussionen mit den Engagierten der Suppenküche und die Erzählungen der 87-jährigen Renate deutlich zeigen. Auch die Akteur*innen des medinetz führen aus, dass das Engagement für sie wichtig ist, um Frust und Wut in konkrete Hilfe umzuwandeln. Allerdings verweist die Gruppendiskussion insgesamt auf einen zumeist nicht bearbeiteten Widerspruch zwischen einer Arbeitsweise, die einer Lohnarbeit ähnelt, und der Beschreibung der Tätigkeit als *bloßes* Engagement.

Arbeit und Ausbeutung

Die Arbeitsweise der Freiwilligen ähnelt jedoch nicht nur einer Lohnarbeit, sondern stellt in einer erweiterten Perspektive eine notwendige Arbeit dar, die als diese aber nicht anerkannt und nicht bezahlt wird. Zwar sind in Tafeln immer wieder Fahrer*innen, in Suppenküchen Köch*innen oder in der Verwaltung von Sozialkaufhäusern Personen angestellt; doch der überwiegende Teil der Tätigkeiten ist unbezahlt: die medizinische Beratung und Vermittlung (z.B. medinetze), die Zubereitung und Verteilung von Mahlzeiten (Tafeln und Suppenküchen), die Organisation von gemeinsamen Kochevents (Küchen für Alle und Kiezkantinen) sowie das Sortieren von gespendeter Kleidung.

Die Gruppendiskussionen, aber auch die Forschungen zu Freiwilligenarbeit zeigen (Neumann 2016, 137ff.), dass nicht selten die Nicht-Entlohnung positiv hervorgehoben wird: Aus der Perspektive der Handelnden, weil sie stolz auf ihr Engagement sind, weil sie Anerkennung erhalten und auf Selbstverwirklichung hoffen; aus der Perspektive des Sozialstaats, weil die Nicht-Entlohnung die Attraktivität der Ressource Freiwilligenarbeit ausmacht.

Hier lohnt nun ein Blick auf die Arbeiten von Silvia Federici, in denen sie sich mit unbezahlter Reproduktionsarbeit von Frauen im Haushalt beschäftigt. Federici

(2020, 14) führt aus, dass sich die Ausbeutung als „noch effektiver“ erweist, „weil das Fehlen eines Lohns sie verschleiert“. Die Ausbeutung der Engagierten wird auch in der neuen Mitleidsökonomie in doppelter Hinsicht „verschleiert“ (ebd.): Erstens erweckt die fehlende Entlohnung und die Rede vom Engagement den Eindruck, es handele sich nicht um gesellschaftlich notwendige Arbeit, sondern um barmherzige Notlinderung. Zweitens bleibt die Relevanz dieser mitleidökonomischen Tätigkeiten für die materielle gesellschaftliche Reproduktion unbeachtet.

Freiwilligenarbeit in der neuen Mitleidsökonomie ist also Arbeit, sie stellt eine keineswegs zu vernachlässigende, sondern notwendige Versorgungsarbeit dar, die emotionale und fürsorgende Arbeit einschließt (ebd., 22ff.). Die Existenz unbezahlter Mehrarbeit gerät mit der Entstehung von Lohnarbeitsverhältnissen aus dem Blick, wie Marx (1962/1867, 557ff.) im Kapital aufzeigt. Die Ausbeutungsdimension dieser unbezahlten Mehrarbeit wird im Zuge der feministisch-marxistischen Debatten ab den 1970er-Jahren (Bock/Duden 1977; Vogel 2019/1981) öffentlich(er) und vor allem mit Blick auf die Hausarbeit thematisiert. Die Bedeutung dieser bis heute anhaltenden Debatten und Kämpfe lässt sich auch auf die Mitleidsökonomie übertragen: Die Ausbeutungsdimension wird auch hier verschleiert, indem über die getätigte Arbeit nicht als Arbeit gesprochen, sie nicht finanziell entlohnt und durch ihre diskursive Rahmung als Akte der Liebe und Hilfe als gesellschaftlich notwendige Arbeit ausgeblendet wird. Denn wie auch in der Hausarbeit wird das Engagement in den Küchen und Tafeln als fürsorgende, emotionale, liebende, soziale oder solidarische Tätigkeit verhandelt.

Tatsächlich beinhaltet das Engagement aber auch jene solidarischen und gemeinschaftlichen Momente: Die Räume werden genutzt zum Plaudern, es werden Sorgen und Nöte untereinander geteilt. Die Orte konstituieren sich trotz der zumeist vorliegenden Asymmetrie zwischen Engagierten und Nutzer*innen (zumindest in der mitleidsbasiert-wohltätigen Form) als soziale Orte. Gleichzeitig bleiben sie aber meist Orte der Versorgungsarbeit: Die Nutzer*innen der Angebote, Projekte und Initiativen sind auf die kostengünstige Versorgung angewiesen, weil die zur Verfügung gestellten staatlichen Mittel nicht ausreichen. In den Angeboten werden jene versorgt, die sich nicht oder kaum aus sich selbst heraus reproduzieren können, weil sie nicht, noch nicht oder nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen: z.B. Alleinerziehende, (sucht-)kranke Personen, Erwerbslose, Rentner*innen, Menschen in Wohnungsnot und nicht zuletzt zahlreiche Schulkinder, die auf die warmen Mittagessen von Trägern der freien Wohlfahrtspflege angewiesen sind.

Anders als auf dem primären Versorgungsmarkt erfährt der Erwerb von Lebensmitteln, Kleidung oder Möbeln im Rahmen der Mitleidsökonomie eine andere Ausgestaltung: Da die Nutzer*innen ihre Reproduktion finanziell nicht durch die eigene Arbeitskraft oder durch entsprechend bereitgestellte Sozialtransfers selbst bestreiten können, verlagern sich Erwerb und reproduktive Tätigkeiten, wie die Zubereitung der Mahlzeiten, die Bereitstellung einer Unterkunft und auch die oben beschriebenen emotionalen Arbeiten, in die sozialen Angebote und Projekte.

Die neue Mitleidsökonomie als Stätte von Reproduktionsarbeit: die materielle Dimension

Anknüpfend an die deutlich zunehmende und alltäglich notwendige Arbeit in den Angeboten, Projekten und Initiativen möchte ich noch die Bedeutung der Mitleidsökonomie für die materielle gesellschaftliche Reproduktion herausstellen. Die Marxistin Lise Vogel (2019, 202) hat in den 1980er-Jahren dargelegt, dass neben der individuell notwendigen Reproduktion, also der „Aufrechterhaltung des Einzelnen“, auch die gesellschaftliche Reproduktion organisiert werden muss. Dabei geht es nicht nur um die Versorgungs-, Pflege- und Bildungsarbeit für die arbeitende Klasse, sondern auch um die Versorgung jener, die nicht, noch nicht oder nicht mehr dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen: Kinder, Ältere, arbeitsunfähige Lohnarbeitslose sowie jene, die als ‚Reservearmee‘ bezeichnet werden, also Arbeiter*innen und Angestellte, die jederzeit wieder in den Arbeitsmarkt hineingeholt werden können. Diese Arbeiten wurden im fordistischen Sozialstaatsmodell sowohl von Familien – Stichwort „Familienernährer-Modell“ (Winker 2016, 16) – als auch durch zumeist erkämpfte, sozialstaatliche Absicherungssysteme und eine soziale Infrastruktur (mehr oder minder) gewährleistet (u.a. Butterwegge 2010). Für Kapitaleigentümer*innen ist das Modell seit jeher ambivalent: Einerseits ist es die kostengünstigste Form, Care-Arbeit im unbezahlten Sektor zu belassen bzw. in diesen zu verschieben. Andererseits bedeutete das Fernbleiben von vor allem Frauen vom Arbeitsmarkt (während der Schwangerschaft, für die Hausarbeit etc.) einen Verlust produktiver Arbeitskraft, wie Vogel (2019) zeigt. In der Perspektive der Kapitaleigentümer*innen und des bürgerlichen Staates ist die zentrale Frage, wie gesellschaftliche Reproduktion möglichst günstig und zugleich ohne Verlust der Produktivkraft organisiert werden könnte. Die in den 1980er-Jahren einsetzende Privatisierung und Individualisierung sozialstaatlicher Leistungen in kapitalistischen westlichen Industriestaaten, die sich in einer aktivierenden Bürger*innengesellschaft manifestieren (Dahme/Wohlfahrt 2008) und in der neuen Mitleidsökonomie zuspitzen, stellt eine der möglichen Antworten dar – neben anderen, wie die Ausbeutung in der Pflege zeigt, die häufig Migrantinnen betrifft. Es ist eine spürbare Antwort vor allem für jene, die häufig als ‚nicht mehr verwertbar‘ gelten und deshalb, wenn überhaupt, vor allem als ‚Kostenfaktor‘ diskutiert werden. Dazu gehören etwa viele Illegalisierte, Langzeitarbeitslose, die als unvermittelbar eingeordnet werden, Menschen mit chronischen oder Suchterkrankungen, die nicht gleichermaßen ausgebeutet werden können, oder Menschen ohne Wohnung, die aus der (Lohnarbeits-)Gesellschaft exkludiert werden. Die Inklusion dieser als ‚überflüssig‘ Angesehenen in freiwilliges Engagement ist eine durchaus perfide Antwort: Ebenfalls oder zeitweise ‚Unproduktive‘ leisten unbezahlte Reproduktionsarbeit, indem sie gleichfalls ‚Unproduktive‘ versorgen (müssen).

Eine staatlich gewollte Tendenz

Weder Tafeln und Suppenküchen noch medizinische Geflüchtetenhilfen oder gar Nachbarschaftsküchen können wohlfahrtsstaatliche Leistungen vollständig ersetzen. Die Helfenden nehmen ihre Arbeit dennoch als Entlastung für den Staat wahr (Neumann 2016; Boemke/van Dyk/Hauber 2021). Exemplarisch zeigt sich dies auch in der Gruppendiskussion mit den Engagierten der Suppenküche, wenn sie davon erzählen, dass sie und nicht etwa die staatlichen Stellen während des COVID-19-bedingten Lockdowns im Frühjahr 2020 und Winter 2020/21 offen blieben, um täglich 200 Wohnungslose zu versorgen. Ähnliches berichten in der Gruppendiskussion die Ärzt*innen und Aktivist*innen des medinetz, die das Angebot aufrechterhielten, während staatliche Anlaufstellen für erkrankte Geflüchtete geschlossen wurden. Die Engagierten in der Suppenküche sind stolz darauf, ihre Hilfe in dieser Zeit weiterhin anbieten zu können. Die Beratenden des medinetz hingegen artikulieren vielmehr Überforderung und Wut, da sie sich eigentlich nicht dafür zuständig fühlen, „Menschenrechte zu verteidigen“, wenn es der Staat nicht tut. Handelt es sich insgesamt also um ein Versagen des Staates?

Gefördertes Engagement statt Sozialleistungen. Einsparungen im Sinne des Staates

Anders als der Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungen oder die Förderung öffentlicher Infrastruktur, zu der auch die Versorgungsinfrastruktur gehört, hat die Förderung von Engagement seit der Enquetekommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ an Bedeutung gewonnen: Engagement soll als „Bürgerpflicht“ verstanden werden, wie es der sozialdemokratische Bundeskanzler Gerhard Schröder Anfang der 2000er-Jahre formulierte. Das Engagement vor allem in den Tafeln wird jährlich von der Politik begrüßt, wie es u.a. die entsprechende Website der Bundesregierungen zeigt (z.B. Bundesregierung 2021). Kein Wunder: Das Arrangement der Mitleidsökonomie ermöglicht eine deutliche Kostenreduktion für den Staat. Hier muss weder die (Soziale) Arbeit bezahlt werden, noch wird die fehlende finanzielle Absicherung durch Sachleistungen abgedeckt. Silke van Dyk und Elène Misbach (2016, 215) merken im Kontext ihrer Forschungen zu ehrenamtlicher Geflüchtetenhilfe an, dass kaum darüber diskutiert wird, wie hoch die „kompensierten Einsparungen privater und öffentlicher finanzieller Mittel“ (ebd.) sind. Eine Studie von 2009 spricht von rund 175 Millionen Euro, die durch Freiwilligenarbeit eingespart werden konnten (van Dyk/Haubner/Boemke 2021, 545) – entsprechende Zahlen für den hier in den Blick genommenen Bereich liegen bisher nicht vor.

Dass diese Entwicklung sozialpolitisch zumindest akzeptiert wird, belegt die Verknüpfung mit sozialstaatlichen Institutionen: Das bundesdeutsche Subsidiaritätsprinzip sieht vor, dass gemeinnützige, freie Träger öffentliche Leistungen erbringen, wenn die Sozialleistungen an diese vergeben werden. Sie sind dann verantwortlich

für die Versorgung und Begleitung Armutsbetroffener, aber auch erkrankter oder älterer Menschen. Dieses Prinzip wird nun nicht ausgehebelt, sondern erweitert, in dem die freiwillig getragenen und somit deutlich kostengünstigeren Angebote der neuen Mitleidsökonomie zu kooperierenden Partnern der klassischen Träger der Wohlfahrtspflege werden oder zumindest an diese angedockt sind. So ist die untersuchte Suppenküche beispielsweise als unabhängiger Verein formal organisiert, auf Nachfrage wird allerdings deutlich, dass es sich um ein Mitglied in einem der großen Wohlfahrtsverbände handelt. Die bisherigen Forschungen zur neuen Mitleidsökonomie zeigen, dass „Tafeln, Suppenküchen usw. (...) mit den sozialstaatlichen Sicherungs- und Dienstleistungsstrukturen direkt verbunden“ sind (Eberle/Kessl 2021, 744).

Ein weiterer Beleg für die schleichende Akzeptanz dieser Entwicklung stellt die Häufung rechtswidriger Verweise von Jobcenter-Mitarbeiter*innen auf u.a. die Nutzung von Lebensmitteltafeln dar – offenbar im Wissen, dass die Regelsätze niedrig bemessen sind. Zuletzt sorgte ein Fall in Berlin für Empörung, bei dem der Bezug von Lebensmitteln über eine Tafel auf die Höhe des Hartz-IV-Satzes angerechnet wurde (Lang-Lendorff 2019).

Die aktivierte Bürger*innengesellschaft manifestiert sich in der aktuellen Sozialpolitik und ist Teil neoliberaler Regierungsweisen (Butterwegge 2014; Dahme/Wohlfahrt 2008). In Kombination mit der beschriebenen notwendigen Arbeit, die hier geleistet wird, zeigt sich ein eklatanter Widerspruch zwischen der Betonung, Engagement dürfe nicht zum Ausfallbürgen werden einerseits, und der Förderung genau dieses Engagements in wohlfahrtsstaatlichen Bereichen andererseits.

Die Inwertsetzung von Armut

Diese Forcierung freiwilliger Arbeit im sozialen Bereich etabliert einen zweiten Versorgungsmarkt für Menschen in Armutslagen, der kapitalistische Strukturlogiken aufweist. Diese Entwicklung wird nicht nur durch die eben skizzierte Sozialstaatspolitik begünstigt, sondern auch von großen Lebensmittelunternehmen und neu gegründeten Start-ups vorangetrieben, die Vorteile aus der neuen Mitleidsökonomie ziehen. Fabian Kessl, Melanie Oechler und Holger Schoneville (2021, 739) sprechen hier auch von einem „sekundären Warenkreislauf“. Sie beschreiben damit die systematische Inwertsetzung bereits aussortierter Waren, die im primären Kreislauf nicht (mehr) verwertet werden können bzw. bereits wurden. Erweitert spreche ich deshalb von einem zweiten Versorgungsmarkt, auf dem jene aussortierten Güter monetarisiert werden: entweder direkt durch Weiterverkauf bzw. Tausch wie in Sozialkaufhäusern oder Tauschplattformen oder indirekt, wenn mit der Teilnahme beispielsweise beim foodsharing oder der Tafel Marketingzwecke verfolgt werden. Auffällig ist, dass Tauschplattformen, Secondhand-Angebote sowie Sozialkaufhäuser versuchen, sich als primäres Angebot darzustellen: „Die Welt des Secondhand gehört längst nicht mehr nur den Kleiderkammern an“ schreibt beispielsweise

die Plattform vinted, deren Gewinne mittlerweile immens gestiegen sind (vinted o.J.). Doch selbst da, wo keine monetären Vorteile existieren, spart die Verwertung auf diesem zweiten Markt die sonst anfallenden Entsorgungskosten ein. Zusammengefasst entsteht hier eine Art Gabenökonomie (Kessl/Wagner 2011).

Die vielfältigen Angebote, Initiativen und Projekte sind daher nicht einfach nur ein angeschlossener Warenkreislauf, sondern sie entwickeln sich zu einem eigenständigen Absatz- bzw. Versorgungsmarkt. Bäckereien und Supermärkte finden gerade in der Dynamisierung durch Plattformen wie toogoodtogo, foodsharing oder auch die Abgabe an Tafeln Wege, um nicht mehr verkäufliche Waren abzugeben, dabei eventuell Produktionskosten auszugleichen und außerdem teure Müllentsorgung oder lange Mülllagerzeiten zu reduzieren. In dieser Perspektive sind die Angebote längst nicht nur für die Armutsbetroffenen notwendig und dauerhaft, sondern mindestens ebenso attraktiv für die Unternehmen. Sie erhalten Zugang zu einer dauerhaften Abnahmestelle für einen produzierten Überschuss – eine Antwort auf die fortwährende tendenzielle Überproduktion als Bestandteil einer kapitalistischen Logik. Diese Tendenz ergibt sich u.a. aus dem Auseinanderfallen von Produktion und Verkauf sowie dem Widerspruch einer inhärenten Wachstumsorientierung, also einer vermeintlich unbegrenzten Produktion und einer begrenzten Möglichkeit zur Konsumption (Heinrich 2005, 173). Zwar lösen Tafeln, foodsharing und toogoodtogo nicht das Problem der begrenzten Möglichkeit von Konsumption, doch werden die Armutsbetroffenen zu Konsument*innen gerade jener Güter, die zuvor als Überproduktion vernichtet werden mussten.

Dieser Aspekt ist bisher nicht unter ökonomischen, sondern – wenn überhaupt – nur unter nachhaltigen Gesichtspunkten diskutiert worden (Davies 2019). In der Forschung zur Sharing Economy wird dann von einem Reboundeffekt gesprochen, wenn das erwartete ökologische Potenzial nicht erreicht wird, weil zum Erreichen neue Energie eingesetzt werden muss (Ludmann 2019; Blättel-Mink et al. 2011). Anknüpfend daran lässt sich der Umgang mit Überproduktion hier diskutieren: Wenn die Abnahme des Überschusses durch die Supermarktketten geplant werden kann, wird nichts am Überschuss selbst verändert, sondern nur daran, wie er weiter verteilt werden kann. Lebensmittelplattformen, foodsharing und selbst Tafeln entwickeln sich so zu einem Absatzmarkt. Aus Alimentierten werden nun Konsument*innen, allerdings eben nur auf einem sekundären Versorgungsmarkt.

In meinen Gruppendiskussionen sowohl mit Engagierten aus einer foodsharing-Initiative als auch mit Nutzer*innen verschiedener Tauschplattformen zeigt sich, dass die Akteur*innen in ihren Selbst(be)deutungen diese Perspektive bisher nicht einbeziehen: Zwar ist auf einer Wissensebene das Problem der Überschussproduktion durchaus präsent. So äußerten sich einige Teilnehmer*innen mehrmals positiv über ein Urteil aus Frankreich, das die Vernichtung von Lebensmitteln verbietet, oder sie verwiesen auf die Nachhaltigkeitseffekte, wenn die Kleidung nicht neu produziert wird. Nicht artikuliert wird hingegen der Widerspruch, dass die eigene Handlungsweise diesen Überschuss begünstigen könnte. In beiden eben genannten Gruppen

lässt sich vielmehr eine Begeisterung über die teilweise Unmenge an Lebensmitteln oder Kleidung rekonstruieren, die sie „retten“. Ähnliches gilt für das Engagement der Suppenküchen- und Tafelhelfer*innen: Sie zeigten sich in den Gruppendiskussionen zwar empört über die Armut, freuten sich zugleich aber auch über ihre eigene Wohltat. So etwa preisen Helen und Renate aus der Suppenküche das Engagement und die „tollen, auf jeden Fall“ noch verwertbaren Lebensmittel an.

Meines Erachtens lässt sich also argumentieren, dass es aus Perspektive der Wachstumslogik und damit der Kapitaleigentümer*innen ein Interesse an einem zweiten Absatz- und Versorgungsmarkt gibt. Dafür spricht auch, dass bereits ein regelrechter Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbieter*innen begonnen hat. Dies zeigt sich an Unternehmen und Start-ups wie etwa dem Rettermarkt Rettich in Saarbrücken oder dem Online-Shop Sirplus, deren Geschäftsmodelle auf diesen überschüssigen Waren basieren. Auch wenn sie sich nicht als Mitleidsökonomie kategorisieren lassen,³ treiben sie diese Entwicklung doch voran und können letztlich auch zur Konkurrenz für die nicht gewinnorientierten Lebensmitteltafeln oder foodsharing-Initiativen werden. Wettbewerb gibt es ebenso innerhalb der Mitleidsökonomie selbst: Wie Lebensmittelretter*innen aus einer Basisinitiative bei der Gruppendiskussion berichten, erhalten sie inzwischen weniger Lebensmittel als die offiziellen Mitglieder des Vereins foodsharing. Die Bezeichnung Tafel erhalten neue Initiativen nur auf Antrag, da es sich um ein eingetragenes Markenzeichen des Dachverbandes Die Tafel Deutschland e.V. handelt, was als Ökonomisierungs- und Vermarktlichungsprozess gewertet werden kann.

Fazit: Armutsverwaltung zugunsten des Kapitals

Soziale Bewegungen erkämpften in der Vergangenheit gegen herrschende Kapitalinteressen soziale Rechte sowie sozialstaatliche Institutionen oder wie Vogel (2019, 218) schreibt: Die Frage nach den „Bedingungen, unter denen die Reproduktion (...) stattfindet (...), sind immer das Ergebnis von Klassenkampf“. Die gegenwärtige Form der Versorgung von Armutsbetroffenen lässt sich in diesem Sinne als Ergebnis eines Klassenkampfes zugunsten der Kapitaleseite beschreiben. Mit der neuen Mitleidsökonomie bildet sich ein gesellschaftliches Arrangement heraus, das die Aufgabe der sozialen Absicherung und der Versorgung von Betroffenen zunehmend nicht einfach nur in die Hände privat Helfender oder prekärer Strukturen der Selbstversorgung legt, sondern zudem ein System mit zusätzlichen Vorteilen für die *Kapitaleigentümer*innen* generiert, Überschuss doch noch ökonomisch zu verwerten. Die Arbeit in den Angeboten, Projekten und Initiativen kann als notwendige Reproduktionsarbeit zur Sicherstellung der gleichsam gesellschaftlichen wie individuellen Reproduktion herausgestellt werden. Die Ausdifferenzierung und Weiterentwicklung des Feldes geht einher mit einer Ausbeutungsdimension der teilweise vermeintlich Freiwilligen sowie dem Abbau von Sozialrechten und einer Reduktion von Sozialausgaben. Der „Neoliberalismus hat eine ganze Akkumulationsstrategie

aufgebaut, indem er Milliarden Menschen aus der offiziellen Ökonomie in informelle Grauzonen vertrieben hat, aus denen das Kapital Wert abschöpft“, schreiben Nancy Fraser und Rahel Jaeggi (2020, 40). Und eine dieser informellen Grauzonen ist die neue Mitleidsökonomie. Wer eine kritische Perspektive auf dieses Arrangement einnehmen will, muss sich daher mit den Nutznießer*innen und den gewollten (staatlichen) Logiken der neuen Mitleidsökonomie auseinandersetzen und den entstehenden, sekundären Versorgungsmarkt problematisieren.

Nichtsdestotrotz bringt die Entwicklung auch Ambivalenzen hervor. Bei den Engagierten äußert sich die aktuelle Entwicklung in zwei Seiten einer Medaille. Einerseits leiden sie teilweise unter einem erdrückenden, humanitären Verantwortungsgefühl, unter Arbeitsstress ähnlich wie in entlohnten Tätigkeiten oder fühlen sich als „Lückenfüller*innen“ in sozialen Bereichen. Die Arbeit im Bereich der Mitleidsökonomie verweist damit auf eine Ausbeutungsdimension und Begriffe wie Hilfe oder Notlinderung machen vorherrschende Arbeitslogiken unsichtbar. Andererseits ziehen die Engagierten auch Freude, Sinn oder eine eigene Alltagsstruktur aus der Arbeit; Wut und Frust werden durch das soziale Engagement bearbeitet und teilweise kanalisiert.

Die Nutzer*innen der Angebote der Mitleidsökonomie schließlich haben – sieht man von der konkreten, helfenden Versorgung einmal ab – kaum Vorteile. Eine Ausnahme stellen jene Angebote dar, in denen sie weniger als Bedürftige und mehr als Mitglieder oder Mit-Aktivist*innen adressiert werden. Die Diskussion in der foodsharing-Initiative zeigt, dass in erster Linie eine nachbarschaftliche Gemeinschaft hergestellt wird und die Frage der Armut nachrangig wird. In der Gruppendiskussion wird die ökonomische Situation erst gegen Ende thematisiert, als die Foodsaverin Tina erzählt, dass sie ohne das foodsharing kein Geld für die Klassenfahrt ihres Sohnes hätte sparen können.

Entsprechend gibt es abschließend eine Sichtweise, die es zu berücksichtigen gilt. Das Handeln jener, die aus Frust, Sorge, Solidarität, aus ökologischen oder anti-rassistischen Gründen oder einfach aus Wut über gesellschaftliche Verhältnisse ihr Engagement begründen, setzt den Folgen der aktuellen Armuts- und Sozialpolitik ganz unmittelbar und mitunter auch der Vereinzelung etwas entgegen. Vor diesem Hintergrund könnten die Angebote, Projekte und Initiativen auch in ihrem Potenzial für eine alternative, gesellschaftliche Wohlfahrt untersucht werden. Ähnlich wie es Silke van Dyk, Emma Dowling und Tine Haubner (2016, 37) in ihren Überlegungen zu einem „rebellischen Engagement“ im Kontext der solidarischen Geflüchtetenhilfe tun, könnte die Diskussion um Armutsbekämpfung nicht einfach nur auf der sozialstaatlichen Ebene geführt, sondern auch auf der gesellschaftlichen Ebene angestoßen werden. Federici (2020, 94) ging u.a. vor dem Hintergrund der Enteignung von Land in den Kolonien und der damit verbundenen Verarmung von hunderten Familien der Frage nach, wie gemeinsame Produktion und gemeinsames Eigentum „als Grundlage einer neuen Produktionsweise dienen könnte(n)“ (ebd.). Ihr Vorschlag einer Commons-Perspektive (s. auch Federici 2013), also das gemeinsame, nicht in

Wert gesetzte Herstellen, Pflegen und Nutzen von Produkten und Ressourcen, lässt sich auch auf die Frage von Wohlfahrt übertragen. Reproduktion sollte nicht einfach in ein fordistisches Familienernährer-Modell zurück oder überhaupt in die individuelle Verantwortung gedrängt werden. Mit Blick auf das wichtige soziale Engagement und den Aspekt der Vergemeinschaftung könnte eine gemeinschaftliche Versorgung im Zusammenhang mit gemeinschaftlicher Produktion als Alternative zum Wohlfahrtsstaat näher beleuchtet werden. Armutsbekämpfung bedeutet nicht zwingend Forderungen *nur* an den Staat zu richten: Stadteilküchen, foodsharing-Initiativen oder Sozialcafés sind bereits jetzt teilweise Orte der Vergemeinschaftung und der geteilten Solidarität. Würden hier im Kontext bzw. als Teil einer antikapitalistisch orientierten, sozialen Transformation, weniger Gabe, Tausch und Inwertsetzung, sondern vielmehr die gemeinsame Produktion und eine kollektive Absicherung organisiert, käme das einer gemeinschaftlichen gesellschaftlichen Wohlfahrt näher.

Anmerkungen

- 1 Im Rahmen einer deskriptiven Studie „Alternativ zu Konsum und Wohlfahrt“ (gepl. Beginn Februar 2022, Bergische Universität Wuppertal) werden Organisationsweise, Anbieter*innenstruktur, Spendenkreisläufe und Zielsetzungen der neuen Mitleidsökonomie erfasst. Grundlage der Studie sind theoretische Überlegungen zu einer Erweiterung der neuen Mitleidsökonomie und der Auswirkungen auf das soziale Teilhabepotenzial von Armutsbetroffenen (Eberle/Kessl 2021). Zusätzlich gehen in den Beitrag erste Ergebnisse meines Disserationsprojekts „Gesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion“ ein (Eberle 2023). Neben einer kritischen Analyse der kapitalistischen Strukturlogiken befasse ich mich darin insbesondere mit dem Potenzial einer anti-etatistischen, gesellschaftlichen Perspektive auf Wohlfahrt, die im aktuellen Forschungsdiskurs kaum ausgeprägt ist (u.a. Hirsch 2005; Laufenberg 2021; allgemeiner Habermann 2016; Kuhn 2007).
- 2 In dem Forschungsprojekt unter Leitung von Silke van Dyk ging es um „wohlfahrtsstaats-theoretisch fundierte, empirische Analysen“ über „die Inanspruchnahme unbezahlter oder geringfügig entschädigter Arbeit in unterschiedlichen Feldern“. Siehe auch www.sozio-logie.uni-jena.de/arbeitsbereiche/politische-soziologie/forschung.
- 3 Zwar arbeiten auch diese Unternehmen teilweise spendenbasiert, verfolgen aber ein Unternehmensmodell mit bezahlten Arbeitskräften (und Gewinnabsicht). Ihr Angebot ist für Armutsbetroffene zum Teil nicht mehr bezahlbar.

Literatur

Backhaus-Maul, Holger/Hörnlein, Miriam, 2016: Zum Engagement in der Freien Wohlfahrts-pflege. Ein kurzer erster Blick hinter die Legitimationsfassade deutscher Gründerzeitbauten. In: Ethik und Gesellschaft. 2. Internet: www.ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/view/2-2016-art-2 [20.1.2021].

Blätzel-Mink, Birgit/Bender, Saskia-Fee/Dalichau, Dirk/Hattenhauer, Merle, 2011: Nachhaltigkeit im online gestützten Gebrauchtwarenhandel: empirische Befunde auf der subjektiven Ebene. In: Behrendt, Siegfried/Blätzel-Mink, Birgit/Clausen, Jens (Hg.): Wiederverkaufskultur im Internet. Chancen für nachhaltigen Konsum am Beispiel von eBay. Berlin, Heidelberg, 69-126.

Bock, Gisela/Duden, Barbara, 1977: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. In: Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, 118-199.

- Boemke, Laura/van Dyk, Silke/Haubner, Tine**, 2021: Freiwilligenarbeit als Ressource. Die Indienstnahme von Engagement und die subjektiven Perspektiven der Engagierten. In: WSI Mitteilungen. 74 (5), 374-384.
- Bundesregierung**, 2021: Das Rückgrat der Gesellschaft, 26.5.2021. Internet: www.bundesregierung.de/breg-de/suche/ehrenamtliches-engagement-1915684 (17.1.2022).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, 2020: Dritter Engagementbericht der Bundesregierung. Internet: www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/dritter-engagementbericht-156434 (4.1.2022).
- Butterwegge, Christoph**, 2010: Gerechtigkeit auf dem Rückzug. Vom bismarckschen Sozialstaat zum postmodernen Suppenküchenstaat? In: Selke, Stefan (Hg.): Kritik der Tafeln in Deutschland. Wiesbaden, 73-89.
- Butterwegge, Christoph**, 2014: Krise und Zukunft des Sozialstaats. Wiesbaden.
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert**, 2008: Aktivierungspolitik und der Umbau des Sozialstaates. In: Dahme Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Soziale Arbeit für den Aktivierenden Staat. Wiesbaden, 75-100.
- Davies, Anna**, 2019: Urban Food Sharing. Rules, Tools and Networks. Bristol.
- van Dyk, Silke/Dowling, Emma/Haubner, Tine**, 2016: Für ein rebellisches Engagement. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 2, 37-40.
- van Dyk, Silke/Haubner, Tine/Boemke, Laura**, 2021: Gemeinwohldienst oder Gratisarbeit? Zur politischen Ökonomie von Freiwilligenarbeit. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. 46 (183), 537-565.
- van Dyk, Silke/Misbach, Elène**, 2016: Zur politischen Ökonomie des Helfens. In: PROKLA. Zeitschrift für Kritische Sozialwissenschaft. 46 (183), 205-227.
- Eberle, Hannah-Maria**, 2023: Gesellschaftliche Wohlfahrtsproduktion. Dissertationsschrift Bergische Universität Wuppertal i.E.
- Eberle, Hannah-Maria/Kessler, Fabian**, 2021: Alternativen für soziale Teilhabe? Das Potenzial spendenbasierter und freiwilliger Versorgungsangebote. In: WSI Mitteilungen. 74 (5), 393-403.
- Federici, Silvia**, 2013: Commons Will Become Increasingly Important for Feminist Movements in Europe. Interview von Magdalena Freudenschuss und Alexandra Scheele. In: Femina Politica. Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft. 22 (1), 93-100.
- Federici, Silvia**, 2020/2012: Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster.
- Fraser, Nancy/Jaeggi, Rahel**, 2020: Kapitalismus. Ein Gespräch über kritische Theorie. Berlin.
- Habermann, Friederike**, 2016: Ecommony. UmCARE zum Miteinander. Sulzbach am Taunus.
- Haubner, Tine**, 2021: Da könnte es ja auch ein weniger Ausgebildeter machen. Freiwilligenarbeit in Sozialberufen. In: WSI Mitteilungen. 74 (5), 364-373.
- Heinrich, Michael**, 2005: Kritik der politischen Ökonomie. Stuttgart.
- Hirsch, Joachim**, 2005: Eine Alternative zum lohnarbeitsbezogenen Sozialstaat. Das Konzept der sozialen Infrastruktur. In: widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. 97, 32-48.
- Kessler, Fabian/Oechler, Melanie/Schoneville, Holger**, 2021: Mitleidsökonomie und soziale Ausschließung. In: Anhorn, Roland/Stehr, Johannes (Hg.): Handbuch Soziale Ausschließung und Soziale Arbeit. Wiesbaden, 739-754.
- Kessler, Fabian/Schoneville, Holger**, 2021: Die neue Mitleidsökonomie. Symptom des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels. In: WSI Mitteilungen. 74 (5), 355-363.
- Kessler, Fabian/Wagner, Thomas**, 2011: Was vom Tisch der Reichen fällt...: zur neuen politischen Ökonomie des Mitleids. In: widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich. 119/120, 55-76.

- Klein, Ansgar/Olk, Thomas/Hartnuß, Birger**, 2010: Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als Politische Aufgabe. Wiesbaden, 24-62.
- Kuhn, Gabriel**, 2007: Jenseits von Staat und Individuum. Münster.
- Lang-Lendorff, Antje**, 2019: Essen als Einnahmen verrechnet. In: tageszeitung, 13.5.2019. Internet: <https://taz.de/Empoerung-bei-der-Berliner-Tafel/15591517/> (10.2.2022).
- Laufenberg, Mike**, 2021. Mehr als Lückenfüller: Emanzipatorische Potenziale zivilgesellschaftlichen Sorgens. In: WSI Mitteilungen. 74 (5), 415-518.
- Ludmann, Sabrina**, 2019: Ökologische Betrachtung des Peer-to-Peer Sharing. In: Behrendt, Siegfried/Henseling, Christine/Scholl, Gerd (Hg.): Digitale Kultur des Teilens. Mit Sharing nachhaltiger Wirtschaften. Wiesbaden, 71-94.
- Marx, Karl**, 1962/1867: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: Marx-Engels-Werke (MEW) 23. Berlin.
- Neumann, Daniela**, 2016: Das Ehrenamt nutzen. Bielefeld.
- Notz, Gisela**, 2016: Sind Freiwilligendienste geeignet, das Elend aus der Welt zu schaffen? Für andere etwas tun: Freiwilligendienste zwischen Ehrenamt und prekären Arbeitsverhältnissen. In: Ethik und Gesellschaft. 2. Internet: <https://ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/viewFile/2-2016-art-1/453> (20.1.2022).
- Rohrmann, Eckhard**, 2011: Tafeln und der Abbau des Sozialstaates. In: Selke, Stefan (Hg.): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer Sozialen Bewegung. Zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention. Wiesbaden, 143-162.
- Vinted**: Internet: www.vinted.de/about (20.1.2022).
- Vogel, Lise**, 2019/1981: Marxismus und Frauenunterdrückung. Münster.
- Winker, Gabriele**, 2016: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

Existenzielle Bedrohung und Entwürdigung Armut, Gewalt und Wohnungslosigkeit im Alltag marginalisierter Frauen

CHRISTOPHER WIMMER

Einleitung

Der spätestens ab den 1980er-Jahren einsetzende Umbau des Sozialstaats und der Strukturwandel der Arbeit haben zu einer dauerhaften Verfestigung von Armut in den unteren sozialen Klassen geführt. Dies zeigt sich in einer großen Zahl vor allem soziologischer Studien (Böhnke/Dittmann/Goebel 2018). Gleichzeitig bleiben Armutsdiskussionen einerseits häufig auf Konzepte wie relative Deprivation beschränkt. Absolute Armut wird meist als Aspekt der Vergangenheit oder anderer geografischer Orte (Länder der sogenannten ‚Dritten Welt‘) betrachtet. Andererseits